

WAHLPROGRAMM DER LIBERALEN HOCHSCHULGRUPPE

WAHLEN ZUM 69. STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

PRÄAMBEL

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

die Liberale Hochschulgruppe Saar bekennt sich ausdrücklich zur studentischen Mitbestimmung. Daher setzen wir uns entschieden für die Wahrnehmung aller den Studierenden bereits eingeräumten Kompetenzen ein und fordern den Ausbau dieser Mitbestimmungsmöglichkeiten. Dies kann allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn die Vertretung der Studentinnen und Studenten (namentlich Studierendenparlament und Allgemeiner Studierendenausschuss) verantwortungsvoll und transparent mit dem in sie gesetzten Vertrauen der Studierenden und den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln umgehen. Neben inhaltlichen Forderungen setzt sich die Liberale Hochschulgruppe Saar daher auch massiv für eine strukturell zukunftsfähig und gerecht aufgestellte Studierendenvertretung ein.

Außerdem sieht die Liberale Hochschulgruppe Saar die Freiheit studentischen Lernens als wesentliches Merkmal universitärer Lehre an. Daher treten wir entschieden gegen übertriebene Reglementierung in Studium und Lebensgestaltung ein.

DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN

HYBRIDES VORLESUNGSMODELL ZUM STANDARD MACHEN

Jedem Studierenden sollte es frei stehen selbst zu entscheiden, ob Präsenz- oder Onlinelehre zum besten Erfolg im Studium führt. Die Lebensumstände und Lerntypen sind individuell, daher sollte jeder eigenverantwortlich das für sich optimale Lehrformat wählen dürfen. Sollte es erneut zu einer Ausnahmesituation wie der Coronapandemie kommen kann somit die Qualität der Lehre gewährleistet werden.

PAPIERFREIE KOMMUNIKATION ERMÖGLICHEN

Wir fordern die Schaffung digitaler Kommunikationskanäle zwischen Universitätsverwaltung und den Studierenden. Konkret soll die Möglichkeit geschaffen werden Scheine für Prüfungsleistungen, Praktikumsnachweise und Ähnliches in digitaler Form dem Prüfungssekretariaten zukommen zu lassen. Ferner sollen auch Krankmeldungen und Atteste digital den zuständigen Sekretariaten übermittelt werden können. Langfristig fordern wir die Umwandlung aller Anträge in Papierform hin zu digitalen Formularen.

PAPIERFREIEN LEHRBETRIEB EINRICHTEN

Studierende sollen auf die Vorteile von PDF-Versionen der Lehrbücher aufmerksam gemacht werden und Skripte und Vorlesungsfolien sollen online vollständig ebenfalls in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für die in Vorlesungen und Seminaren benötigten Unterlagen. Der Bestand der Universitätsbibliotheken soll nach und nach über Scans digitalisiert werden, um Kopien und vergriffene Buchexemplare schon bald der Vergangenheit angehören zu lassen.

STECKDOSENVERFÜGBARKEIT ERHÖHEN

Im Zuge der Digitalisierung benutzen viele Studierende digitale Endgeräte um Vorlesungsmitschriften anzufertigen. Daraus bedingt sich die Notwendigkeit der Verfügbarkeit von Stromanschlüssen. Daher fordern wir die Installation von Steckdosen an jedem Sitzplatz in den Hörsälen um einen reibungslosen Betrieb der Geräte während den Vorlesungen gewährleisten zu können.

ANMELDE- UND INFORMATIONSSYSTEME VEREINHEITLICHEN

Es soll ein einziges, einheitliches Anmelde- und Informationssystem über alle Studiengänge hinweg eingerichtet werden. Dieses soll die Funktionen des LSF, des SIM, des ViPa, des Moodle und des CMS kombinieren. So soll die unnötige Nutzung verschiedener Systeme gleichzeitig vermieden und Informationen für alle Studierende an einem Ort gesammelt zur Verfügung gestellt werden.

DATENBANK FÜR STUDIENUNTERLAGEN SCHAFFEN

Altklausuren, Mitschriften, Zusammenfassungen, etc. leisten einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung auf die Leistungskontrollen zum Ende eines jeden Semesters. Gerade in den ersten Studienjahren bereitet das effektive Lernen noch Schwierigkeiten. Klausuren der vorigen Studienjahre nehmen den Studierenden dabei den Druck und helfen in der Vorbereitung auf die Leistungskontrollen immens. Eine solche Datenbank fördert somit nicht nur ein erfolgreiches Studium, sondern ebenfalls eine erfolgreiche Lehre an der jeweiligen Fakultät.

ÜBERALL MIT UDS-CARD ZAHLEN

Zahlungen mit der Uds-Card sollen auf dem gesamten Campus möglich sein. Entsprechende Terminals zur Zahlung sollen in allen Geschäften eingerichtet werden. Zur einfacheren Handhabung soll das Guthaben über die App oder Website online sowohl abgerufen als auch aufgeladen werden können. Hierzu müssen Strukturen geschaffen werden, um die Aufladung mittels gängiger Zahlungsmethoden zu ermöglichen.

VPN-ZUGANG FÜR JURISTISCHE RESEARCHTOOLS ERWEITERN

Juristische Recherchertools wie Beck-Online sind essentielle Bestandteile erfolgreicher Hausarbeiten sowie eines erfolgreichen Studiums. Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher eine dauerhafte Erweiterung der Nutzbarkeit dieser Tools über den bereits bestehenden VPN-Client. Damit würde die Möglichkeit geschaffen, Recherchearbeiten auch von zu Hause über einen gesicherten Fernzugriff durchzuführen und die notwendigen Datenbanken zu nutzen.

EVALUATIONSERGEBNISSE ONLINE VERÖFFENTLICHEN

Die Ergebnisse der Evaluationen aller Lehrveranstaltungen am Ende jeden Semesters sollen für alle Studierenden online einsehbar sein. Dies schafft sowohl Transparenz für die Studierenden als auch zusätzliche Anreize für die Lehrenden die Qualität Ihrer Veranstaltungen zu halten und zu erhöhen.

STUDENTISCHE GELDER SINNVOLL VERWALTEN

DIE ZUKUNFT DES SEMESTERTICKETS

Das Semesterticket für den öffentlichen Nahverkehr wird bislang in einem Solidarmodell finanziert: Alle Studierenden der Universität zahlen – unabhängig ihres Bedarfs nach einem solchen Ticket – einen Beitrag in Höhe von momentan 133€ pro Semester. Die neuen Entwicklungen auf Bundesebene (49€-Ticket) und Landesebene (365€-Ticket) lassen an der Notwendigkeit eines Semestertickets auf Basis einer Solidarfinanzierung zweifeln. Um den Studierenden unserer Universität in dieser Angelegenheit eine direkte Mitsprache zu ermöglichen, fordern wir eine Urabstimmung über jeden Semesterticketvertrag, den der Allgemeine Studierendenausschuss mit den Verkehrsunternehmen im Saarland aushandelt.

SENKUNG DES STUDIERENDENBEITRAGS

Zur Finanzierung der verfassten Studierendenschaft entrichten alle Studierenden im Rahmen des Semesterbeitrags Mittel an den Allgemeinen Studierendenausschuss. Die Höhe der Beiträge ist in den letzten Jahren von 8 Euro über zwischenzeitlich 16 Euro hin zu 13 Euro pro Semester verändert worden. Dies entspricht im Mittel einer Erhöhung von circa 60 %. Dennoch wird die Erhöhung der Beiträge weiter vorangetrieben. Wir setzen uns als Liberale Hochschulgruppe dafür ein, dass der Allgemeine Studierendenausschuss lernt mit den verfügbaren Finanzmitteln umzugehen. Weitere Erhöhungen des Studierendenbeitrags lehnen wir strikt ab. Wir sind der Überzeugung, dass eine Reduktion der Größe des Allgemeinen Studierendenausschusses die Möglichkeit einer nachhaltigen Senkung der Beiträge auf ein stabiles Niveau ermöglichen wird.

TRANSPARENZ DER MITTELVERWENDUNG

Die verfasste Studierendenschaft finanziert sich über die Beiträge der Studierenden. Leider ist die Kommunikation über die Verwendung dieser Finanzmittel eher spärlich. Wir streben als Liberale Hochschulgruppe eine drastische Steigerung der Transparenz im Umgang mit den Beiträgen der Studierenden an. Daher fordern wir, dass der Haushaltsplan der Studierendenschaft, in einer ausreichend kommentierten Fassung, bekannt gemacht wird. Ferner fordern wir, dass der Allgemeine Studierendenausschuss seine Ausgaben auch abseits der Protokolle auf seiner Webseite in einer geordneten Übersicht zugänglich machen sollte.

EVALUATION ALLER VERANSTALTUNGEN

Trotz vieler Bemühungen des Allgemeinen Studierendenausschusses die Studierenden auf ein breites Angebot von Veranstaltungen aufmerksam zu machen, sind einige dieser Veranstaltungen sehr schlecht besucht. Oftmals stellen die Mitglieder der Hochschulgruppen einen Großteil des Publikums. Als Liberale Hochschulgruppe sehen wir zwar die Notwendigkeit ein diverses Angebot von Veranstaltungen zu schaffen, allerdings entstehen mit nahezu jeder Veranstaltung auch Kosten, die von der Allgemeinheit getragen werden. Wir

setzen uns daher für eine Evaluation aller Veranstaltungen des Allgemeinen Studierendenausschusses im Studierendenparlament ein. Dazu wollen wir den Allgemeinen Studierendenausschuss zur Dokumentation der Besucherzahlen und Werbekampagnen verpflichten um im Nachgang der Veranstaltung eine entsprechend untermauerte Evaluation vornehmen zu können.

FINANZMITTEL DER FACHSCHAFTEN STÄRKEN

Den Löwenanteil der studienbezogenen Veranstaltungen an unserer Universität stemmen die Fachschaften der einzelnen Fachrichtungen. Insbesondere das Zusammensein und Kennenlernen der Studierenden untereinander wird bei solchen Veranstaltungen gefördert. Wir erkennen in den Fachschaften das größte Potential zur Ausrichtung von Veranstaltungen für Studierende. Ganz im Sinne der Subsidiarität befürwortet die Liberale Hochschulgruppe daher die Stärkung der Finanzen der Fachschaften.

MODALITÄTEN ZUR STELLENEINRICHTUNG

Der Allgemeine Studierendenausschuss setzt zur Unterstützung seiner Arbeit studentische Mitarbeiter ein. Diese Mitarbeiter sind notwendig um die Qualität der Arbeit gewährleisten zu können. Das Verfahren zur Einrichtung von Stellen und Ausschreibung der Stellen ist jedoch nicht festgeschrieben. Daher liegen die alleinigen Befugnisse diesbezüglich beim Vorsitz des Allgemeinen Studierendenausschusses. Die Liberale Hochschulgruppe ist der Überzeugung, dass ein transparentes und geregeltes Verfahren zu Einrichtung und Ausschreibung der Stellen des Allgemeinen Studierendenausschusses notwendig für eine breite Akzeptanz innerhalb der Studierendenschaft ist. Ähnlich wie in kommunalen Gremien fordern wir daher, dass allein dem Studierendenparlament die Kompetenz zur Einrichtung von Stellen zugesprochen wird. Ferner setzen wir uns für die Schaffung eines transparenten Ausschreibungs- und Einstellungsverfahrens für die Mitarbeiter des Allgemeinen Studierendenausschusses ein.

FINANZORDNUNG ERNEUERN

Das Studierendenparlament erlässt im Namen der Studierenden die Finanzordnung, welcher insbesondere Bestimmungen über die Mittelbewirtschaftung der Beiträge der Studierenden enthält. Wie viele der Rechtsnormen der Studierendenschaft ist diese jedoch recht veraltet und ermöglicht den Verantwortlichen durch zahlreiche Lücken freie Hand im Umgang mit den Beiträgen der Studierenden. Wir setzen uns als Liberale Hochschulgruppe daher für eine Novelle der Finanzordnung der Studierendenschaft ein, die strenge Sicherheits- und Kontrollmechanismen für den Umgang mit den Finanzen der Studierendenschaft vorsieht.

POLITISCHE PARTIZIPATION STÄRKEN

ONLINE-WAHLEN VERSTETIGEN

Eines der größten Probleme der studentischen Selbstverwaltung ist die geringe Wahlbeteiligung zu deren Organen. In den letzten Jahren wurde bei den Wahlen zum Studierendenparlament lediglich eine einstellige Wahlbeteiligung erreicht. Das geringe Interesse an der Studierendenvertretung schwächt die Verhandlungsposition der Studierenden gegenüber der Universitätsleitung in unseren Belangen massiv. Wir sehen im Erreichen einer höheren Wahlbeteiligung eines unserer zentralen Ziele. Um die Wahlhandlung jedem Studierenden möglichst einfach zugänglich zu machen, fordern wir deshalb die Fortführung von Online-Wahlen für alle Wahlen zu den Gremien der verfassten Studierendenschaft.

DIREKTDEMOKRATIE VORANTREIBEN

Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Studierendenparlament ist ein repräsentatives Abbild der Meinung aller Studierenden innerhalb des Studierendenparlaments schwierig. Dennoch entscheidet das Studierendenparlament über Fragen, welche eine hohe Relevanz für die Studierenden unserer Universität haben. Daher fordern wir die Stärkung direktdemokratischer Maßnahmen in der studentischen Selbstverwaltung. In unseren Augen ist die Urabstimmung, ein bindendes Votum über eine konkrete Fragestellung, ein geeignetes Mittel alle Studierenden in den Entscheidungsprozess über die bedeutendsten Fragen im studentischen Leben einzubinden. Zur Minderung der hohen Kosten der Ausrichtung einer Urabstimmung sollen diese im Regelfall gebündelt mit anderen Wahlen zusammenfallen.

REGELMÄßIGE VOLLVERSAMMLUNGEN EINFÜHREN

Für Studierende, die nicht selber in der studentischen Selbstverwaltung aktiv sind, ist der Zugang zu Informationen über die aktuelle Arbeit der Gremien oftmals schwierig. Es mangelt an der Kommunikation in die Universitätsöffentlichkeit hinein. Um die Arbeit des Allgemeinen Studierendenausschusses sowie des Studierendenparlaments besser nach außen kommunizieren zu können, möchten wir ein regelmäßiges Abhalten von Vollversammlungen der Studierendenschaft einführen. Neben der Kommunikation von aktuellen Informationen, laden diese Vollversammlungen alle Studierenden zudem zu aktiver politischer Partizipation ein.

UMFRAGEPLATTFORM ETABLIEREN

An unserer Universität haben wir mit dem Studierendenparlament als oberstes Beschlussorgan eine Art repräsentative Demokratie. In den meisten Fällen müssen die Studierenden auf die Vernunft der Parlamentarier vertrauen, ihre Interessen in den Beratungen zu vertreten. Dennoch gibt es einige Debatten, die aufgrund eines fehlenden Meinungsbildes in der Studierendenschaft nur unfundiert führbar sind. Wir möchten als Liberale Hochschulgruppe deshalb eine Plattform realisieren, welche für kleine nicht bindende

Meinungsumfragen innerhalb der Studierendenschaft genutzt werden kann. Bindende Umfragen in Form von Urabstimmungen sind für eine regelmäßige Durchführung leider schlichtweg zu teuer.

CHANCENGERECHTIGKEIT SCHAFFEN

BAFÖG ELTERNUNABHÄNGIG GESTALTEN

In Zeiten von Fortschrittskontrollen und steigendem Leistungsdruck im Studium können immer weniger Studierende ihr finanzielles Auskommen durch eigene Leistung sichern. Wir betrachten deshalb das BAFÖG als einen zentralen Dreh- und Angelpunkt der Studienfinanzierung. Durch den mit ihm verbundenen Verwaltungsakt, kommt die Beantragung des BAFÖG jedoch zunehmend einer Nebenerwerbstätigkeit gleich, die dem ursprünglichen Sinn der Förderung entgegensteht. Wir erkennen des Weiteren an, dass die Unterstützung der Studierenden durch das Elternhaus ein wichtiger Beitrag zum Funktionieren des BAFÖG-Systems in seiner jetzigen Form darstellt. Allerdings bei weitem nicht alle Eltern zeigen dabei Verständnis für die Situation, in der sich ihre Kinder befinden und erzeugen zusätzlichen Leistungsdruck. Hinzu kommt, dass eine Förderung über die Regelstudienzeit hinaus nur in wenigen Härtefällen möglich ist. Auch hier bedarf es einer Ausweitung der Härtefall-Gründe, um Studierende in der belastenden Zeit kurz vor ihrem Abschluss nicht noch in existenzielle Bedrängnis zu bringen. Für die Liberale Hochschulgruppe Saar sollte ein Studium von Wissensdrang, Charakterbildung und Selbstbestimmung geprägt sein, statt von Versagensängsten, Leistungsdruck und Geldsorgen. Wir fordern deshalb die Bewilligung des BAFÖG unabhängig vom Einkommen der Eltern. Hierzu soll für jeden Studierenden ein BAFÖG-Grundbetrag in Höhe von 400€ bürokratiefrei abrufbar sein. Zudem soll die Möglichkeit bestehen diesen Grundbetrag auf Antrag auf das Doppelte aufstocken zu können. Ferner fordern wir eine Ausweitung und Anpassung der Härtefallregelung an heutige Realitäten.

BARRIEREFREIHEIT IM KOPF UND IM HÖRSAAL SCHAFFEN

Für eine effektive Chancengerechtigkeit ist es unumgänglich, dass allen Studierenden Teilhabe am freien und selbstbestimmten Studium ermöglicht wird. Niemand darf aufgrund individueller Handicaps oder Krankheit benachteiligt werden. Daher fordert die LHG eine behindertengerechte räumliche Ausstattung, barrierefreie Zugänge, automatisierte Türen sowie den Einsatz technischer Hilfsmittel und digital verfügbarer Lernmittel. Durch technische Umrüstung, gezielten Neubau und finanzielle Investitionen muss sichergestellt werden, dass alle Studierenden, mit und ohne Handicap, das Studium und die damit verbundenen Aktivitäten rund um den Campus voll auskosten können.

ANMELDEPROZESSE GERECHTER GESTALTEN

Die Anmeldung bei Unisport, Sprachkursen oder Seminaren fordert von den Studierenden teils schnelle Reflexe, da die ersten Anmeldungen auch die entsprechenden Plätze erhalten. Frei nach dem Motto „Schwitz beim Sport – nicht bei der Anmeldung“ fordern wir für alle Anmeldeprozesse an der Universität einen Anmeldezeitraum zu schaffen und die Platzvergabe nach dem Losverfahren umzusetzen.

BESSERE VEREINBARKEIT VON STUDIUM UND FAMILIÄREN VERPFLICHTUNGEN ERMÖGLICHEN

Neben dem ohnehin stressigen Studium meistern manche Studierende die Herausforderung der Elternschaft oder der Pflege von Angehörigen. Um die Lebenssituation dieser Studierenden zu vereinfachen fordern wir eine bessere Vereinbarkeit von Studium und familiären Verpflichtungen. Hierzu soll dieser Personenkreis weitestgehend von Anwesenheitspflichten entbunden werden. Zudem würden diese Studierenden im Rahmen eines vollständig hybriden-Lehrbetriebs von der entstehenden Flexibilisierung des Studiums profitieren.

MENTAL-HEALTH INITIATIVE STARTEN

Die Auswirkungen der Coronapandemie und die damit einhergehende Isolation ging nicht spurlos an den Studierenden vorbei. Insbesondere die fehlende soziale Interaktion zwischen Studierenden führte zum vermehrten Auftreten von psychischen Belastungen. Deshalb fordern wir den Start einer Mental Health Initiative durch die Universität. Konkret soll die Psychologisch-Psychotherapeutische Beratungsstelle (PPB) zum Wohl der mentalen Gesundheit der Studierenden weiter ausgebaut werden. Dies bedingt eine Erhöhung der verfügbaren Mittel der PPB sowie eine Aufstockung der Personalkapazitäten. Ferner fordern wir die Einrichtung von Resilienz-Workshops für Studierende als Präventionsmaßnahme.

ÜBER UNSERE UNI HINAUSDENKEN

HOCHSCHULÜBERGREIFENDE KOOPERATION AUSBAUEN

Gemeinsam mit Vertretern aus beispielsweise HBK, HfM und HTW wollen wir ein starkes Gegengewicht zur Bildungspolitik im Land bilden. Idealerweise würde diese Kooperation in einem demokratisch legitimierten Rahmen stattfinden. Zusätzlich zum bestehenden Studierendenparlament fordern wir stärkere Kooperationen mit den anderen saarländischen Studierendenschaften, z.B. in Form eines gewählten Ausschusses. Durch eine solche Kooperation wäre eine Konzentration auf rein bildungspolitische Themen hochschulübergreifend möglich, während die jeweiligen Studierendenschaften einen größeren Fokus auf die für sie relevanten Themen legen könnten. Dieses Konzept würde es zudem ermöglichen, dass bildungspolitische Forderungen auf höherer Ebene diskutiert und gegebenenfalls verbessert werden können. Die daraus hervorgehende breitere Legitimationsbasis hätte eine stärkere Wirkung auf politische Entscheidungsträger im Land als bisher.

GRÜNDERMENTALITÄT STÄRKEN

An der Universität wird nicht nur gelehrt, sondern auch geforscht. Die Studierenden und Forschenden entwickeln Ideen, welche für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können. Der volkswirtschaftliche Nutzen und die damit einhergehende Steigerung des Wohlstandes kann jedoch nur erreicht werden, wenn diese Ideen im Rahmen von universitären Ausgründungen auf den freien Markt gebracht werden. Oft werden Ausgründungen nicht realisiert, da unsere aktuelle Gesellschaft zu risikoavers ist oder die Option der Ausgründung auch einfach nicht als Option wahrgenommen wird. Die liberale Hochschulgruppe fordert die Gründermentalität ihrer Studierenden zu stärken. Konkret soll in jedem Wahlbereich das Modul „Gründungsmanagement“ verankert werden. Auch soll aktiv auf die Möglichkeit dieses Modul zu belegen in Studiengangsplänen hingewiesen werden.

MEHR EUROPA WAGEN

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich für eine verstärkte Internationalisierung des Studiums an der Universität des Saarlandes ein. Um die Chancen der Großregion effizient zu nutzen, sollte der Blick dabei nicht nur eindimensional nach Frankreich gerichtet, sondern verstärkte Kooperation mit allen europäischen Staaten gesucht werden. Die UdS, welche sich auf einer geografischen Achse mit den wichtigsten Institutionen der Europäischen Union befindet, könnte sich aufgrund dieser prädestinierten Lage als idealer Ausbildungsort für eine Arbeit im europäischen Bereich aufstellen und dadurch Studierende aus ganz Europa anziehen. In diesem Zusammenhang fordern wir eine Ausweitung internationaler sowie interdisziplinärer Studiengänge. Außerdem setzt sich die Liberale Hochschulgruppe für eine Ausweitung des Erasmus+ Programmes an der Universität des Saarlandes ein. Jeder Studierende soll die Möglichkeit haben, ein Auslandssemester/ -jahr zu absolvieren, welches in den Studienplan integriert ist. Die LHG fordert daher, die Studienordnung der Fächer,

die dies aktuell noch nicht gewährleisten, dahingehend anzupassen, dass die im Ausland erbrachten Leistungen vollumfänglich angerechnet werden. Der Anreiz, ein Auslands-Semester zu absolvieren, wäre für Studierende dann nicht durch einen etwaigen „Zeitverlust“ im Regelstudienplan gemindert. Um Auslands-Semester oder allgemeine Wechsel des Studienortes innerhalb Europas zu erleichtern, fordert die Liberale Hochschulgruppe die Anpassung der Semesterzeiten von deutschen Hochschulen an europäische Semesterzeiten. Gemäß den Beschlüssen der Hochschulrektorenkonferenzen sollen die Kernzeiten in einem Herbst-/ Wintersemester, das den Zeitraum vom 1. September bis 28. Februar des Folgejahrs umfasst, am ersten Montag des Septembers beginnen und spätestens Mitte/Ende Januar enden. In einem Frühjahrs-/ Sommersemester, das sich auf den Zeitraum vom 1. März bis 31. August erstreckt, sollen diese Kernzeiten vom ersten Montag des März bis spätestens Ende Juni reichen. Mit der Fixierung auf einen einheitlichen Anfang der Vorlesungszeiten und der offenen Terminierung des Endes sollen den Hochschulen genügend Spielräume verbleiben, um lokale Besonderheiten zu berücksichtigen. Die Verschiebung der Semesterzeiten darf keine Verlängerung oder Verkürzung der Vorlesungszeiten bedeuten. Zulassungs- und Auswahlverfahren der Studienanfänger sind zeitlich anzupassen.

QUALITÄT DER LEHRE VERBESSERN

NOTENUMRECHNUNG FÜR RECHTSWISSENSCHAFTEN GERECHTER GESTALTEN

Der unterschiedliche Aufbau und die daraus resultierende differierende Notenskala des Studiengangs Wirtschaft & Recht und des Nebenfachs Rechtswissenschaft im Zwei-Fach-Bachelor der Philosophischen Fakultät und im Studiengang Historisch orientierte Kulturwissenschaften (Notenskala 1 - 5) im Vergleich zum Diplomstudiengang Rechtswissenschaft (Notenskala 0 - 18) führt zu einer ungerechten Umrechnung für Studierende der Bachelor- & Masterstudierenden. Bachelor- und Masterstudierende werden in ihren rechtswissenschaftlichen Anteilen, die bis zu 63 CP ausmachen können, durch die Lehrstühle der rechtswissenschaftlichen Fakultät nach deren Notenskala (0-18) bewertet. Im Anschluss erfolgt eine Umrechnung auf die Notenskala der Bachelor- und Masterstudiengänge. Diese Notenskala entspricht jedoch gerade in den oberen Notenbereichen nicht der erbrachten Leistung und verzerrt somit das Leistungsbild in diesem Studiengang. Während man als Studierender der Rechtswissenschaft mit der Note 9 (voll befriedigend) in den Prädikatsbereich aufsteigt und damit im Schnitt zu den besten 10 % der Geprüften gehört, entspricht das Ergebnis der Umrechnung der Klausurpunkte für Bachelor- und Masterstudierende in keiner Weise diesem Leistungsbild. Studierende des Studiengangs erhalten in derselben Klausur bei Erreichen der Punktzahl 9 nach Umrechnung 2,7 Notenpunkte, was verglichen mit anderen Bachelor- und Masterstudiengängen unterdurchschnittlich ist. Eine gleiche Klausurleistung führt im Ergebnis somit im Studiengang Rechtswissenschaft zu einer überdurchschnittlichen, in Bachelor- und Masterstudiengängen zu einer unterdurchschnittlichen Leistung. Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher eine gerechte, dem Leistungsbild entsprechende Umrechnung der Notenpunkte für Bachelor und Masterstudierende mit rechtswissenschaftlichen Anteilen.

LEHRANGEBOT AN DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT AUSBAUEN

Entgegen dem Trend fordert die Liberale Hochschulgruppe Saar, dass das derzeitige Lehrangebot generell erhalten bleibt, nachdem durch Abschaffung und Privatisierung einiger Fachbereiche keine Volluniversität mehr gegeben ist. Zudem wollen wir das Lehrangebot an der Philosophischen Fakultät wieder ausbauen. Dabei könnte auf ein bestehendes Lehrangebot in allen Fachrichtungen der Fakultät zurückgegriffen werden. Darüber hinaus soll an der Philosophischen Fakultät generell die Möglichkeit geschaffen werden, fakultätsübergreifend und stärker interdisziplinär zu studieren. Dazu sollen die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eingebunden werden.

GRÖßEREN WAHLBEREICH IN MINT-FÄCHERN ETABLIEREN

Auf dem Arbeitsmarkt werden dringend Fachkräfte benötigt. Immer mehr Unternehmen achten jedoch nicht mehr ausschließlich auf die reinen Fachkenntnisse, sondern auch vermehrt auf so genannte Softskills. Diese werden bereits von der Universität beispielsweise in Form von Sprachkursen, Schlüsselkompetenzen oder fachfremden Modulen vermittelt. Die liberale Hochschulgruppe fordert die Anerkennung dieser Kompetenzen durch eine Erweiterung des Wahlbereichs in allen MINT-Fächern.

VERLÄNGERUNG DER ABGABEFRISTEN DIREKT DURCH DOZENTEN ERMÖGLICHEN

Die philosophische Fakultät ist bereits Vorreiter. Hier kann ein Antrag auf Verlängerung der Abgabefrist für Hausarbeiten unbürokratisch direkt an den Dozenten gestellt werden. Dadurch kann auf die individuellen Lebensumstände und Besonderheiten jedes Studierenden zeitnah reagiert werden, insbesondere bei spontaner unvorhergesehener Änderung der Außenumstände. Die Liberale Hochschulgruppe fordert diese Möglichkeit in jedem Studiengang und für jedes Lehrformat einzurichten.

MEHR PLATZ FÜR LERNGRUPPEN

Die Wohnsituation vieler Studierender lässt eine Verlagerung der Lernzeiten in private Räume, besonders wenn in Gruppen der Lernstoff erarbeitet werden soll, nicht zu. Ein Ausweichen auf die Bibliothek kann nicht die Lösung sein. An dieser Stelle muss die Universität für ihre Studierenden Räume schaffen. Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher, dass Räume, wenn sie nicht gerade für Lehrveranstaltungen genutzt werden, in einem stets aktuellen Verzeichnis aufgenommen werden. Durch dieses Verzeichnis könnte jede Lerngruppe auch spontan einen freien Raum an der Universität zum Lernen finden.

NACHHALTIGKEIT

FRANZÖSISCHEN PLATZ ZUR GRÜNFLÄCHE UMFUNKTIONIEREN

Es wurde bereits in den zuständigen Gremien beschlossen, dass der französische Platz vor Gebäude B4.1 umfunktioniert werden soll. Die Parkflächen sollen verschwinden und die bisher versiegelte Fläche wieder begrünt werden. Es soll ein Ort der Erholung zwischen den stressigen Lehrveranstaltungen für die Studierenden und Lehrenden entstehen. Die liberale Hochschulgruppe setzt sich vehement für die zeitnahe Umsetzung dieser Beschlusslage ein.

GRÜNFLÄCHEN FÜR INSEKTEN ATTRAKTIV GESTALTEN

Insekten leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unseres Klimas. In den letzten Jahrzehnten haben wir - selbst in gesonderten Schutzgebieten - einen dramatischen Rückgang an Insekten erleben müssen. Um diesen Rückgang zu stoppen, wird nach aktuellem Stand der Forschung empfohlen, vor allem kleine Inseln in der allgemeinen Landschaft zu schaffen, in denen Insekten aller Art bei längeren Reisen Schutz und Unterschlupf finden können. Die liberale Hochschulgruppe fordert daher bei der Neugestaltung ihrer öffentlichen Grünflächen, Ausgleichsflächen und Beeten aller Art bei der Auswahl von Gewächsen, Pflanzen, Stauden, etc. auf die besondere Insektenfreundlichkeit dieser zu achten.

ÖPNV STÄRKEN

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich dafür ein, den ÖPNV in Richtung Universität zu stärken und so die Erreichbarkeit zu erhöhen, damit sich gleichzeitig das Verkehrsaufkommen auf dem Campus reduzieren kann. Für die Verhandlungen des Semestertickets sehen wir es elementar an, dass der Busverkehr auf dem Meerwiesertalweg priorisiert und verstärkt wird um eine starke Anbindung zwischen Universität und Innenstadt zu erreichen.

HOMBURG – KEIN CAMPUS ZWEITER KLASSE

PROMOVIEREN LEICHT WIE NIE

Die LHG fordert die Einführung eines einheitlichen Onlineportals, auf welchem eine Übersicht aller im Moment verfügbarer Dr.-Arbeiten einsehbar ist. Im Moment gestaltet sich die Suche nach einer passenden Promotionsarbeit für die Studierenden leider sehr kompliziert und zeitaufwendig. Ohne alle passenden Lehrstühle einzeln anzufragen, findet sich nur selten die gewünschte Arbeit. Allerdings haben nicht nur Studierende bei der Suche Probleme. Viele Lehrstühle beklagen zudem auch, kaum Möglichkeiten zu haben, ihre anstehenden Projekte bewerben zu können. Gerade von ausgeschriebenen Arbeiten an kleineren Instituten erfahren so die meisten Studierenden kaum. Mit einer einheitlichen Übersicht könnten alle promotionswilligen Studierenden direkt die Arbeiten vergleichen und das für sie am besten passenden Angebot finden. Wenn auf unnötige Anfragen an Lehrstühle, die keine Arbeiten zu Verfügung haben, so verzichtet werden könnte, profitieren sowohl die Studierenden als auch die Lehrenden von diesem Konzept.

SPORTANGEBOT AUSBAUEN

Bei dem Sportangebot haben Homburger Studierende gegenüber den Saarbrückern leider oft das Nachsehen. Viele Kurse werden ausschließlich auf dem Campus der Landeshauptstadt angeboten. Allerdings ist nicht nur das Kursangebot in Saarbrücken wesentlich größer, auch die Ausstattung des Hochschulsports lässt in Homburg zu wünschen übrig. Daher setzt sich die LHG für die Errichtung eines Trimm-dich-Pfades, sowie eines Unifits, nach Saarbrücker Vorbild, ein. Sportangebote, die individuell genutzt werden können, kämen dem straffen Zeitplan der Medizinstudierenden entgegen und würden den Standort des Campus wesentlich attraktiver machen.

STUDIERE DOCH WANN DU WILLST

Schulähnliche Stundenpläne und Anwesenheitspflichten, um die Hörsäle zu füllen, haben nichts mit eigenverantwortlichem Studieren zu tun. Die LHG setzt sich genauso gegen unnötige Anwesenheitspflichten, wie auch gegen das Vorziehverbot von Vorlesungsveranstaltungen ein. Solange im Hörsaal genug Platz ist, sollen die Studierenden der unteren Semester immer die Möglichkeit haben, Veranstaltungen vorzuziehen, um so ihr Studium eigenständig zu planen. Ein Pflichtfreisemester lehnen wir konsequent ab.

SHUTTLEBUSVERBINDUNG AUSBAUEN

Nicht nur für Medizinstudierende ärgerlich, sondern ein generelles Problem: Der Shuttlebus zwischen Homburg und Saarbrücken verkehrt viel zu unregelmäßig und ist faktisch für viele nicht realistisch wahrnehmbar.